

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 224 (1951)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950)

Die zwölf Monate, deren politische Ereignisse der Chronist hier zusammenzufassen hat, bilden — wenigstens für die westliche Welt — den bisher ruhigsten Abschnitt der Nachkriegszeit. Es war ein Jahr, in dem sich die Entwicklung in den durch die letzten Jahre vorgezeichneten Bahnen fortbewegte.

Das kann aber nicht heißen, daß die Zeiten gleichsam „normal“ geworden seien und daß man sich nun etwa dem Frieden genähert habe. Nein, so weit sind wir leider nicht gekommen. Die Welt ist politisch immer noch in zwei große Lager aufgespalten, die sich vorläufig ungefähr das Gleichgewicht halten. Der tiefwurzelnde Gegensatz zwischen West und Ost, von dem in den früheren Berichten wiederholt die Rede war, besteht weiter. Nach wie vor liegt die Führung im Westen bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und im Osten bei der Sowjetunion. Um diese beiden gewaltigen Kerne gruppieren sich, im Westen freiheitlicher gegliedert und im Osten straffer organisiert, die übrigen Staaten. An diese Gruppierungen hat man sich nun schon weitgehend gewöhnt; man zählt sie sozusagen zum eisernen Bestand der heutigen weltpolitischen Situation.

Hatte man in den ersten Nachkriegsjahren noch darauf gehofft, daß man sich im Rahmen der UNO nach und nach auf dem Verhandlungswege finden und schließlich einen für alle annehmbaren Frieden errichten werde, so sind auch diese Hoffnungen heute so ziemlich verflogen. Den Gedanken an einen Ausgleich, an eine Verständigung, haben alle diejenigen, die sich nicht an Illusionen flammern, doch wohl aufgegeben. Solange auf der einen Seite der Zusammenschluß aller Länder zur „Sozialistischen Weltsovjetrepublik“ als letztes Ziel bezeichnet wird, wie das die geltende Verfassung der Sowjetunion tut, und lediglich auf der andern Seite „freundschaftliche Beziehungen unter den Staaten gestützt auf die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ angestrebt werden, wie es in den Satzungen der

UNO heißt — solange ist an eine wirkliche Verständigung nicht zu denken. Der Graben, der die beiden Auffassungen trennt, ist zu breit, um durch Verhandlungen überbrückt werden zu können.

Das wiederum will nicht heißen, daß nur die Gewalt, daß nur ein neuer Krieg eine Änderung werde herbeiführen können. Es sind auch andere Möglichkeiten denkbar. Der nun schon seit zwei Jahren bestehende Konflikt zwischen Moskau und dem Jugoslawien Titos, das seinerseits erklärt, den wahren Kommunismus zu vertreten, hat gezeigt, daß selbst der Sowjetblock vor Spaltungen nicht gefeit ist. Auch ist nicht gesagt, daß die heutige Mächtegruppierung in alle Ewigkeit fort dauern muß, daß neben den zwei Machtblöcken nicht eines Tages ein dritter sich bilden und dadurch das Kräfteverhältnis sich verschieben könnte. Bereits sind Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche dritte Mächtegruppe, die man etwa mit „Asien“ bezeichnen könnte, an politischem Einfluß gewinnt, worüber weiter hinten noch ein Wort zu sagen sein wird. Für den Augenblick freilich fallen alle diese Möglichkeiten noch nicht ernsthaft ins Gewicht. Womit man heute allein rechnen kann und rechnen muß, das ist die Zusammenballung der politischen Kräfte in den beiden großen Lagern des Westens und des Ostens.

*

In der UNO-Charta, der Verfassung dieses neuen Völkerbundes, steht einleitend: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen... Duldsamkeit zu üben und miteinander im Frieden als gute Nachbarn zu leben...“ Leider entsprach das Bild, das die Vertreter dieser Völker bei ihren Verhandlungen im Rahmen der UNO während des Berichtsjahres geboten haben, diesem Gelöbnis in keiner Weise. Sowohl in der Generalversammlung, die im September in Flushing Meadows bei New York eröffnet wurde und bis in den Dezember hinein dauerte, wie in den verschiedenen Unterorganen und Kommissionen, von denen einige ihre Arbeit während des ganzen Berichtsjahres fortsetzten, machten sich die Gegensätze und Feindschaften zwischen West und Ost immer wieder hemmend bemerkbar. Schon die Neuwahl nichtständiger Mitglieder in den Sicherheitsrat führte zu einem ernsten Konflikt:

neben Ecuador und Indien wurde nämlich trotz der Opposition der Sowjetunion auch Jugoslawien gewählt, was von Moskau und den Kominformstaaten natürlich als Herausforderung empfunden wurde.

Einen schweren Schlag versetzte dann aber der Tätigkeit der UNO die russische Weigerung, die Delegierten der nationalchinesischen Regierung weiterhin als Vertreter Chinas anzuerkennen. Weil die Truppen Nationalchinas Niederlage um Niederlage erlitten und die Regierung schließlich das chinesische Festland verlassen hatte, stellte sich die Sowjetunion auf den Standpunkt, daß einzig die kommunistische Regierung Mao Tsé-tungs das chinesische Volk bei der UNO rechtmäßig vertreten könne. Da die Vereinigten Staaten und ihnen folgend auch die übrigen Westmächte diese Auffassung ablehnten, begannen die Länder des Sowjetblocks die Organe der UNO zu boykottieren. Ihre Delegierten verließen zunächst den Sicherheitsrat, dann im Februar den Wirtschafts- und Sozialrat und schließlich nacheinander alle andern Kommissionen, in denen nationalchinesische Vertreter saßen. Die UNO wurde dadurch fast völlig gelähmt, da keine rechtmäßigen Beschlüsse mehr gefaßt werden konnten. Wiederholt erklärte ihr Generalsekretär Trygve Lie, daß die UNO und damit die Friedensbemühungen in der Welt auf einem Tiefpunkt angelangt seien, und wenn ein Sekretär dies von dem Verband sagt, dessen Interessen

er zu vertreten hat, dann muß es schon schlimm stehen.

Lie unternahm dann im April und Mai auf eigene Initiative eine Informationsreise in verschiedene Hauptstädte, so auch nach Moskau, um wenn möglich einer Vermittlung den Boden vorzubereiten. Die Hoffnungen und Wünsche aller Friedensfreunde begleiteten ihn auf seiner Fahrt. Er kehrte zwar nicht enttäuscht, aber auch nicht sehr zuversichtlich gestimmt zurück. Wie die Programmpunkte, die er seither bekanntgegeben hat, sich verwirklichen lassen, ist aber leider vorläufig nicht zu erkennen.

Einen weiteren Beweis für den Tiefstand der Zusammenarbeit zwischen West und Ost lieferten auch die Verhandlungen über den Staatsvertrag für Österreich. Hatten sich die Mächte noch im Juni 1949 über einige wesentliche Fragen zu diesem Abkommen, das nun schon seit Jahren zur Diskussion steht, überraschenderweise geeinigt und nur noch einige untergeordnete



Dr. Max Petitpierre
Bundespräsident für das Jahr 1950
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Punkte offen gelassen, so gelang es jetzt trotz wiederholten Konferenzen nicht, auch nur einen Schritt weiterzukommen. Besonders die Sowjetunion machte immer wieder Schwierigkeiten. Offensichtlich ist sie am Abschluß des Vertrages nicht interessiert, weil er sie dazu verpflichten würde, nach Jahresfrist ihre Truppen aus Österreich zurückzuziehen und damit einen vorgeschobenen Posten preiszugeben. Der sowjetische Einfluß würde dadurch in diesem Teil Osteuropas

empfindlich geschwächt, denn die österreichischen Parlamentswahlen anfangs Oktober haben einmal mehr gezeigt, daß Österreich für die Kommunisten ein steiniger Boden ist.

Angesichts der Unmöglichkeit, am Konferenztisch irgendwelche Erfolge zu erzielen, haben beide Mächtegruppen sich dem verstärkten Ausbau ihrer militärischen und machtpolitischen Positionen zugewandt. Auf beiden Seiten hält man sich einmal mehr an das alte lateinische Wort: Si vis pacem, para bellum — wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor! Ein neues Wettrüsten ist in vollem Gange. Aus dem Osten vernimmt man darüber zwar wenig. Aber das ist nicht weiter verwunderlich für jene Staaten, wo — der Chronist weiß ein verbürgtes Beispiel aus Polen — der Bauer es nicht einmal wagt, einem Fremden die Zahl seiner Schweine und Rühe zu nennen, weil er fürchten muß, es könnte ihm dies als „Verrat von Staatsgeheimnissen“ ausgelegt werden. Hinter dem „Eisernen Vorhang“ veröffentlicht man keine kontrollierbaren Zahlen.

Um so eindrücklicher sind die, die der Westen bekanntgibt. Doch mag es genügen, hier zu erwähnen, daß allein das Militärbudget der Vereinigten Staaten im Berichtsjahr seinen bisherigen Höchststand erreichte, und zwar mit 15 585 Millionen Dollar, was beim heutigen Kurs einem Betrag von rund 67 Milliarden Schweizer Franken entspricht. Die Militärflugzeuge, wie sie von den Kriegsführenden bis 1945 verwendet wurden, gelten zum größten Teil als veraltet; neue größere und schnellere Typen sind konstruiert worden, und die Amerikaner haben auch eine neue Atombombe entwickelt, die sogenannte Wasserstoff-Atombombe, deren Zerstörungskraft diejenige, die 1945 genügte, um die japanische Stadt Hiroshima in Trümmer zu legen, um ein Vielfaches übertreffen soll. Aber seit der am 23. September abgegebenen sensationellen Erklärung des amerikanischen Präsidenten Truman, daß in der Sowjetunion eine „atomische Explosion“ stattgefunden habe, weiß man, daß das „Atomgeheimnis“ auch für die Russen kein Geheimnis mehr ist, und während der großen Militärparade am 1. Mai in Moskau brausten Kriegsflugzeuge neuester Konstruktion auch dort über

die Köpfe der Menge dahin. Der Kriegsgott Mars dürfte an diesem Treiben seine helle Freude haben!

*

In den Rahmen des bisher Gesagten paßt auch das Bild, das man bei einem Rückblick auf die politische Entwicklung innerhalb der beiden großen Lager im Westen und im Osten gewinnt. Stärker als in den vorausgegangenen Jahren vollzog sich diese Entwicklung unter dem Einfluß militärischer Gesichtspunkte. Es handelt sich weitgehend um eine Konzentration der Kräfte; jede Partei trachtet auch hier danach, sich so stark wie möglich zu machen, um für den äußersten Fall gerüstet zu sein oder allein schon durch die eigene Stärke den Gegner von Angriffen und Vorstößen jeder Art abzuhalten.

Was den Westen betrifft, so ist hier der weitere Ausbau des Atlantikpaktes an erster Stelle zu nennen. Das im Frühjahr 1949 abgeschlossene Abkommen, das zwölf westliche Länder in einer Militärrallianz vereinigt, ist nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten am 25. August in Kraft getreten. Seither haben die Verteidigungsminister und auch die Außenminister der zwölf Länder wiederholt gemeinsame Konferenzen abgehalten, und Ende November fand in Paris ferner eine Tagung der zwölf Generalstabschefs mit ihren Mitarbeitern statt, die das größte Kollegium von Generälen, Admirälen und Luftmarschällen darstellte, das seit Kriegsende auf europäischem Boden zusammengetreten ist. Das Ergebnis aller dieser Beratungen bestand in verschiedenen Beschlüssen. So wurde ein gemeinsamer Verteidigungsplan festgelegt, der unter anderem regionale Verteidigungsgruppen für Südwesteuropa und für das westliche Mittelmeergebiet vorsieht. Ferner wurde im Mai die Bildung eines ständigen Rates der Atlantikpaktmächte beschlossen, der laufend alle wichtigen Fragen der militärischen und wirtschaftlichen Verteidigung zu verfolgen hat. Gleichzeitig vereinbarte man die Aufstellung „angemessener kollektiver Streitkräfte“, zu denen jedes beteiligte Land seinen „vollen Anteil“ leisten soll.

Wie weit diese Beschlüsse seither Gestalt gewonnen haben, ist noch nicht zu erkennen; es scheint sich vorläufig mehr um einen Rahmen zu

handeln, der noch auszufüllen sein wird, wobei namentlich auch die finanzielle Lastenverteilung zu klären bleibt. Was speziell die Armee dieser atlantischen Gemeinschaft betrifft, so ist von amerikanischen Militärs der Vorschlag gefallen, die Aufgaben so zu verteilen, daß die Staaten des europäischen Festlandes in erster Linie die infanteristischen Einheiten, Engländer und Amerikaner gemeinsam vorwiegend die Flotte und die Amerikaner überdies die Flugstreitkräfte und gewisse technische Spezialeinheiten zu stellen hätten. Wiederholt stand in diesem Zusammenhang auch die Frage zur Behandlung, ob nicht wiederum eine vorwiegend infanteristische deutsche Armee aufzustellen sei, um so Westdeutschland an der Gesamtverteidigung des Westens zu beteiligen. Befürwortet wurde dies vor allem von militärischen Stellen Amerikas und Englands, doch erwiesen sich die Widerstände, die besonders Frankreich und kleinere Mächte wie Belgien und Holland aus politischen und psychologischen Gründen den Vorschlägen bereiteten, als zu stark, um die Angelegenheit wirklich spruchreif werden zu lassen. Zudem lehnte auch die westdeutsche Bundesregierung es ab, darauf einzutreten, solange Deutschland seine Souveränität nicht zurückgerlangt habe.

Parallel zum Ausbau des Atlantikpaaßtes wurden die Bemühungen zur festeren Organisation Europas fortgesetzt. Die sogenannte Westunion, die durch die fünf Mächte des Brüsseler Paktes — England, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg — gebildet wird, stand dabei weniger als früher im Vordergrund, da alle fünf Staaten zugleich Mitglieder des Atlantikpaaßtes sind, dessen Ziele sich mit denen der Westunion weitgehend decken. Um so mehr war jetzt vom Europarat die Rede, der aus den fünf Brüsseler-Pakt-Staaten hervorgegangen ist, im Mai 1949 durch den Beitritt Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Irlands und Italiens erweitert worden ist und seinen Sitz in Straßburg aufgeschlagen hat. Anfangs August traten die Außenminister zu diesem „Rat der Zehn“ in Straßburg zusammen und beschlossen die Aufnahme Griechenlands, der Türkei und Islands. Ferner wurde eine Aufforderung zum Beitritt auch an das Saargebiet und an Westdeutschland gerichtet, dessen Regierung

und Parlament sich nun Mitte Juni dazu entschlossen haben, so daß heute faktisch bereits 14 Länder Mitglieder sind. Der Beschuß Westdeutschlands wurde entscheidend gefördert durch den Vorschlag, den der französische Außenminister Schuman am 9. Mai machte und der dahin geht, die französische und die deutsche Kohlen- und Stahlindustrie einer gemeinsamen obersten Behörde zu unterstellen; es sollen auch andere Länder dieser Organisation beitreten können. Dieser Schumanplan hat ein sehr starkes Echo ausgelöst; England zeigte sich zwar äußerst reserviert, aber Deutschland und einige andere europäische Staaten stimmten dem Gedanken zu, und in allen Kreisen, die für die Einigung Europas eintreten, ist man der Meinung, daß der Plan, der eine Entnationalisierung und Europäisierung der Schwerindustrie im Auge hat, einen Markstein auf dem Weg zum Ziel darstelle. Einer Verwirklichung stehen allerdings noch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Praxis sieht gerade auf wirtschaftlichem Gebiet, wo große Interessen im Spiele stehen, eben oft anders aus. Das haben die Benelux-Länder erfahren, deren Wirtschaftsunion immer noch in den Anfängen steht; das zeigt die beschlossene französisch-italienische Zollunion und ihre Zusammenlegung mit Benelux, von der man außer der Namensänderung aus „Fritalux“ in „Finebel“ — zusammengesetzt aus den ersten Buchstaben der Ländernamen Frankreich, Italien, Nederland, Belgien, Luxemburg — über praktische Erfolge noch kaum etwas vernommen hat. Auch um die im Januar unter der Bezeichnung „Uniscan“ beschlossene Wirtschaftsunion der skandinavischen Länder Schweden, Norwegen und Dänemark mit Großbritannien ist es bisher still geblieben. Jedenfalls ist auf den verschiedenen internationalen Wirtschaftskonferenzen, die zum Teil auch die Schweiz beschickte, bisher noch kein gangbarer Weg zur Beseitigung der Zollschränke gefunden worden.

Nicht vergessen seien in diesem Zusammenhang zwei kirchliche Rundgebungen von internationaler und teilweise auch politischer Bedeutung. Mitte Juli hat das in England zu seiner ersten Tagung versammelte Generalkomitee des Weltkirchenrates, dem Vertreter von 155 nicht-katholischen christlichen Kirchen aus 44 Ländern



Übung am Pferd

Photo Thierstein, Bern

angehören, eine Botschaft zur religiösen Freiheit und gegen totalitäre Methoden erlassen, die sich nicht nur gegen die Unterdrückung religiöser Minderheiten im allgemeinen richtete, sondern auch die Gewaltaktionen verurteilte, denen die Kirchen in kommunistischen Ländern vielfach ausgesetzt sind. Fast gleichzeitig erließ der Papst ein

Dekret, das allen Katholiken, die freiwillig mit dem Kommunismus zusammenarbeiten, die Exkommunizierung, das heißt den Ausschluß aus der Kirche, androhte. Das Dekret war nicht zuletzt als scharfe Waffe in den Kirchenkämpfen gedacht, wie sie gegenwärtig besonders in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn immer noch im Gange sind.

*

Über die politischen Ereignisse in den verschiedenen Staaten kann der Chronist sich kurz fassen. In Deutschland ist im August das erste Parlament der westdeutschen Bundesrepublik gewählt worden, das im September in Bonn zusammengetrat und zum Bundespräsidenten Professor Theodor Heuß, zum Bundeskanzler und Chef der Regierung Dr. Konrad Adenauer wählte. Hierauf legten die Besatzungsmächte unter dem neuen Besetzungsstatut die oberste Gewalt aus der Hand der Militärs in diejenige ziviler Hochkommissare, die als alliierte Hochkommission die höchste Autorität in Westdeutschland verkörpern. Durch das sogenannte „Protokoll vom Petersberg“, das den deutschen Behörden vermehrte Kompetenzen gab, wurde dann die neue Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten näher um-

schrieben. Obwohl die Sowjetunion gegen die Gründung der westdeutschen Bundesrepublik protestiert hatte, wurde am 7. Oktober in dem von den Russen besetzten Ostdeutschland als Gegenstück die „Deutsche Demokratische Republik“ proklamiert; Staatspräsident wurde hier der Kommunist Wilhelm Pieck und Ministerpräsident

der Kommunist Otto Grotewohl. Auch die Russen lösten jetzt ihre Militärverwaltung formell auf und übertrugen die Kompetenzen auf eine zivile Kontrollkommission, doch blieb deren Chef Marschall Tschitrow, der lediglich die Uniform mit Zivilkleidern vertauschte. Die Zweiteilung Deutschlands ist damit praktisch vollzogen, und Berlin, zu dem die Verkehrsverbindungen aus dem Westen im allgemeinen wieder normal funktionierten, so daß die „Luftbrücke“ aufgehoben werden konnte, bleibt ein empfindlicher Reibungspunkt, wie die großen Demonstrationen, die die Kommunisten der Ostzone dort an Pfingsten veranstalteten, einmal mehr gezeigt haben.

Die kommunistische Agitation hat sich übrigens auch im Westen mehrfach fühlbar gemacht. Besonders in Frankreich und in Italien kam es wiederholt zu Streiks, Spannungen und Zusammenstößen; aber politische Veränderungen von Bedeutung haben sie nicht herbeigeführt. In Belgien hat in der Berichtsperiode in erster Linie die Königsfrage eine förmliche Dauerkrise ausgelöst. Die Frage, ob Leopold III. entsprechend seinem Wunsch den Thron wieder besteigen dürfe, oder ob sein nunmehr erwachsener Sohn Baudoin die Krone erhalten soll, hat das Land entzweit. Eine Volksabstimmung, die am 12. März über diese Frage stattfand, zeigte, daß Leopold nur wenig mehr als 55 Prozent der Bevölkerung auf seiner Seite hat, so daß bei seiner offenbar bevorstehenden Rückkehr dem Land politische Ershütterungen kaum erspart bleiben werden. England machte eine Krise vorwiegend finanzieller und



Ein prächtiger Stabhochsprung

Photo Thierstein, Bern

wirtschaftlicher Natur durch. Sie führte im September zur Abwertung des Pfunds Sterling, eine Maßnahme, die mehr als ein Dutzend Staaten dann mit ihren Währungen ebenfalls vornahmen. Daß die Opposition gegen die Labourregierung wesentlich zugenummen hat, bewiesen im Februar

die Parlamentswahlen, bei denen die Konservativen erhebliche Erfolge verzeichnen konnten, so daß die Regierung seither bei Abstimmungen im Unterhaus wiederholt nur noch Mehrheiten von einigen wenigen Stimmen erhielt. In andern Teilen des Britischen Reiches, in Australien und in Neuseeland, wo im Herbst ebenfalls Parlamentswahlen stattgefunden haben, gingen die Konservativen sogar als Sieger hervor, und die Arbeiterregierungen mußten das Feld räumen. In den Vereinigten Staaten dagegen, wo im November in verschiedenen Teilen der Union lokale Wahlen durchgeführt wurden, sahen sich die konservativen Kräfte der Republikaner zurückgedrängt, und die Demokraten, die Parteigänger des Präsidenten Truman, blieben in den meisten Gebieten siegreich.

In beiden angelsächsischen Ländern bereiteten verschiedene sensationelle Spionagefälle ernste Sorgen und illustrierten zugleich die herrschende Spannung. Am meisten Aufsehen erregte der Fall des ehemaligen Deutschen Dr. Fuchs, der als Atomwissenschaftler in England seit einigen Jahren auf einem Vertrauensposten stand und nun nach seiner Verhaftung offen zugab, Kommunist zu sein und der Sowjetunion Mitteilungen über seine Erfahrungen und Kenntnisse zugeleitet zu haben!

*

Damit sind wir nun bereits auf der andern Seite des „Eisernen Vorhangs“ angelangt. In Wirklichkeit freilich kommt man so leicht nicht hinüber und weiß daher nur wenig von dem, was dahinter vorgeht. Aus der Sowjetunion selber hat man direkt kaum viel mehr vernommen, als die pomphafte Propagandamusik rund um den 70. Geburtstag Stalins. Sogar aus dem Westen führen ganze Güterzüge mit den von den Kommunisten gesammelten Geschenken nach Moskau, und auch unsere PdA-Leute machten den Rummel mit und verneigten sich vor dem roten Diktator in einer Weise, die der seinerzeitigen Verhimmung Hitlers durch die Frontisten gleich wie ein Österreich dem andern — nur die Farbe war anders. Um seinen laminfrommen Friedenswillen zu demonstrieren, stiftete Moskau an jenem Tag einen „Internationalen Stalin-Friedenspreis“. Aber wenn die Atmosphäre drüben wirklich so friedlich

wäre, dann hätte die Sowjetregierung kaum nötig gehabt, drei Wochen später die Todesstrafe für Spione und Saboteure wieder einzuführen; Friedensanstrengungen auszukündigen ist doch wohl auch in Rußland kein Verbrechen.

Allerdings kann man das nie wissen. Denn hinter dem „Eisernen Vorhang“ gelten eben andere Maßstäbe als in der westlichen Welt. Das haben auch im Berichtsjahr wieder die verschiedenen sogenannten Hochverratsprozesse in den „Volksdemokratien“ gezeigt, in denen zahlreiche vor kurzem noch führende Kommunisten aburteilt wurden: in Bulgarien beispielsweise der frühere Vizeministerpräsident Rostoff und in Ungarn der frühere Außenminister Rajt. Auch hat man in Ungarn wieder den Staatspräsidenten gewechselt und in der Tschechoslowakei plötzlich den Außenminister Clementis verschwinden lassen. Neue „Säuberungsaktionen“ sind in diesen Ländern angekündigt und teilweise in großem Maßstab bereits durchgeführt worden. Alle diese Maßnahmen können kaum einen andern Sinn haben als den, die Zügel noch straffer anzuziehen. Leute, die auch nur im Verdacht stehen, nicht blindlings die Weisungen Moskaus zu befolgen, werden beseitigt, um ein Höchstmaß an Konzentration der von der Zentrale dirigierten Kräfte zu erlangen. Wie weit das reicht, hat sich in Polen gezeigt, wo anfangs November der russische Marschall Rotossowski „auf Wunsch Polens“, wie Moskau mitteilte, zum Berater der polnischen Armee und dann sogleich zum Verteidigungsminister ernannt worden ist. Heute ist die polnische Armee schon weitgehend nach russischem Muster organisiert und gedrillt, und vom Major aufwärts sind sämtliche Offiziere Russen, wenn sie auch meist, wie Rotossowski, polnisch klingende Namen tragen.

Seine Selbständigkeit zu wahren vermochte dagegen immer noch Jugoslawien. Der Konflikt zwischen Tito und der „Kominform“ hat sich sogar weiter vertieft. Mitte August gab Moskau bekannt, daß die Sowjetunion Jugoslawien nicht mehr als verbündetes Land betrachten könne, und dieser Erklärung folgte Ende September die Kündigung des im April 1945 abgeschlossenen Freundschaftspaktes. Jugoslawien seinerseits kündigte dann den Beistandspakt mit Albanien, wo die Moskauer Kommunisten weiter ihren Einfluß

ausüben. In Griechenland wiederum hat Moskau seine Vorposten vorläufig einziehen müssen. Im Herbst gaben die griechischen Kommunisten bekannt, daß die Partisanen nach jahrelangen Kämpfen die Operationen nunmehr eingestellt hatten und die Partei sich neuen Aufgaben zuwende. Im März fanden dann im ganzen Lande Parlamentswahlen statt, die im wesentlichen ohne Störungen verliefen. Endlich sei nicht vergessen, daß auch Finnland, das seine schweren Reparationspflichten gegenüber Russland peinlich genau zu erfüllen trachtet, weit unabhängiger dasteht als die Satellitenstaaten in Osteuropa. Trotz starker kommunistischer Propaganda, die besonders in einem mehrwöchigen Streik der Holzfäller sich geltend machte, haben dann im Januar die Präsidentenwahlen, zu denen der greise Feldmarschall Mannerheim extra aus der Schweiz in die Heimat reiste, gezeigt, daß das finnische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit nicht mit den Kommunisten marschiert; ehrenvoll wurde der 79jährige Liberale Dr. Juho Paasikivi als Präsident des Landes bestätigt.

*

Bis zu dieser Stelle hatte der Chronist seinen Bericht geschrieben, das Manuskript der Druckerei abgeliefert, und er wollte nun noch, wie versprochen, einige Worte über Asien und den Fernen Osten hinzufügen, als am letzten Juni-Sonntag gerade von dort her ein Alarmruf die Welt überraschte: Krieg in Korea!

Damit sind am Ende des Berichtsjahres unerwartet Ereignisse eingetreten, die nicht nur eine traurige Bestätigung für das sind, was einleitend dargelegt wurde, nämlich für die Gefährlichkeit der über weiten Teilen der Welt lagernden Spannung, sondern die auch die wachsende Bedeutung illustrieren, die den Vorgängen in Asien für die Weltpolitik zukommt. Denn man hat es in Korea nicht mit einem Konflikt nur zwischen Asiaten zu tun; hinter jeder der beiden Parteien steht vielmehr einer der beiden großen mächtpolitischen Widersacher: dort die Sowjetunion, hier die Vereinigten Staaten. Und niemand vermag im Augenblick zu sagen, ob mit diesem Streitfall nicht ein Stein ins Wasser geworfen wurde, der noch weitere Kreise ziehen wird.

Korea, eine riesige Halbinsel wie etwa Italien, immerhin etwas kleiner als dieses und mit ungefähr halbsoviel Einwohnern, war vor dem zweiten Weltkrieg eine japanische Kolonie. Auf der Krimkonferenz in Jalta im Januar 1945 wurde von Roosevelt, Churchill und Stalin beschlossen, den Koreanern die Selbständigkeit zu geben, und nach der Kapitulation Japans 1945 wurde Korea vom Meer her von amerikanischen und von der Mandschurei her von russischen Truppen besetzt. Die Grenzlinie zwischen den beiden Besetzungszonen bildete der 38. Breitengrad. Aber als es sich nun darum handelte, das Land zu einem demokratischen Staat zu machen, konnte man sich über das, was „demokratisch“ sei, nicht einigen. Wie in Deutschland in der Ostzone und in den Westzonen, so ging man auch hier in beiden Zonen politisch getrennte Wege. Im Süden wurden auf Grund von Wahlen ein Parlament und eine Regierung gebildet, die jedoch ziemlich diktatorisch vorgeht; der Norden wurde nach „volksdemokratischen“ Mustern organisiert. Die Besetzungsstruppen wurden darauf zurückgezogen, doch blieben auf beiden Seiten militärische Ratgeber und Beobachter im Land.

Und nun haben, nachdem es an der Zonengrenze schon mehrfach zu Zwischenfällen gekommen war, die Truppen Nordkoreas am frühen Morgen des 25. Juni den 38. Breitengrad an verschiedenen Stellen überschritten und gleichzeitig auch vom Meer her Angriffe auf südkoreanische Häfen unternommen. Das war nun nicht mehr ein bloßer „Zwischenfall“. Eine Aktion in diesem Umfang ist ohne gründliche Vorbereitungen undenkbar. Zudem ließ die nordkoreanische Regierung wenige Stunden nach Beginn des Angriffs im Radio eine regelrechte Kriegserklärung an Südkorea verbreiten.

Die südkoreanische Regierung ersuchte hierauf den Oberkommandierenden der alliierten Besetzungsstruppen in Japan, den amerikanischen General MacArthur, um Hilfe; die amerikanische Regierung verlangte von der UNO die sofortige Einberufung des Sicherheitsrates und legte diesem, als er zusammenrat, eine Resolution vor, worin der nordkoreanische Angriff als „Bruch des Friedens“ bezeichnet und den Mitgliedstaaten der UNO empfohlen wurde, „der koreanischen Re-

publik jenen Beistand zu gewähren, der notwendig sein mag, um den bewaffneten Angriff zurückzuweisen und den internationalen Frieden sowie die Sicherheit in jenem Gebiet wiederherzustellen". Diese Resolution wurde mit 7 Stimmen gegen 1 angenommen; dagegen stimmte Jugoslawien, und der Stimme enthielten sich Ägypten und Indien, doch gab die indische Regierung später bekannt, daß sie die Resolution billige. Die Sowjetregierung jedoch, deren Vertreter aus den weiter vorne bereits genannten Gründen auch zu dieser Sitzung des Sicherheitsrates nicht erschienen war, erklärte den Beschuß als ungültig, weil er die in den Satzungen festgelegten Bestimmungen nicht erfülle. Diese sehen nämlich vor, daß ein Beschuß nur dann rechtsträchtig werde, wenn ihm von den 11 Mitgliedern des Sicherheitsrates 7 zustimmen, aber mit der Einschränkung, daß in diesen sieben Stimmen diejenigen aller fünf Hauptmächte, zu denen auch Rußland gehört, enthalten sein müssen.

Trotzdem aber entsandten nun die Amerikaner von Japan aus Flugzeuge und Kriegsschiffe nach Korea, um die überrumpelten und zum Teil völlig desorganisierten südkoreanischen Truppen zu unterstützen, und am 30. Juni gab Präsident Truman den Beschuß bekannt, wenn nötig auch amerikanische Landstreitkräfte einzusetzen. Auf der andern Seite rief das kommunistische China zur Unterstützung der Nordkoreaner auf. Die Kämpfe sind bei Abschluß dieses Berichtes in vollem Gange, und die meisten Mitgliedstaaten der UNO haben die im Namen des Sicherheitsrates unternommenen Maßnahmen zu unterstützen beschlossen.

Aber nicht nur am Ende des Berichtsjahres stand damit der Ferne Osten im Vordergrund des weltpolitischen Interesses, sondern dies war während der ganzen Berichtsperiode wiederholt der Fall. Schon der weitere Vormarsch der Kommunisten in China hatte dort zu weitreichenden politischen Veränderungen geführt. Am 21. September proklamierten die Kommunisten in Peking die „Volksrepublik China“; Mitte Oktober besetzten sie im Süden die Stadt Kanton und bis zum Jahresende auch die übrigen Teile des gewaltigen Reiches. Die sogenannte nationale Regierung floh nach der Insel Formosa, wo Marshall

Tschiang Kai-schek, der im März erneut das Amt des Präsidenten übernahm, sich bisher zu behaupten vermochte. Der kommunistische Führer Mao Tse-tung jedoch reiste zu Stalins 70. Geburtstag nach Moskau und blieb dann mehrere Monate dort, ohne daß die Welt freilich erfahren hätte, was das Ergebnis der dabei geführten Verhandlungen gewesen ist.

Auch Französisch-Indochina kam nicht zur Ruhe. Das Abkommen über die nominelle Selbstverwaltung des Vietnam im Rahmen der Französischen Union, das Ende Dezember in Paris mit dem früheren Kaiser Bao Dai abgeschlossen wurde, steht auf schwachen Füßen, da Bao Dai im Lande selber keine wirkliche Autorität besitzt und ein großer Teil der Bevölkerung zu dem von Moskau unterstützten Ho Chi Minh hält, der sich an die Spitze einer Art von Gegenregierung gestellt hat, die die völlige Loslösung von Frankreich erstrebt.

In Indonesien haben die Holländer nun den Indonesiern die Souveränitätsrechte abgetreten. Das geschah in einer feierlichen Zeremonie am 27. Dezember in Amsterdam. Gleichzeitig wurde die indonesische Hauptstadt Batavia in Djakarta umgetauft. Aber Präsident Soekarno und die hinter ihm stehende nationalistische Bewegung scheinen auch hier die Dinge noch weiter treiben zu wollen. Statt der im Abkommen mit Holland vorgesehenen föderalistischen Union steuert man auf ein zentralistisches Reich hin, und anfangs Juni hat Soekarno in einer Rede auch bereits Ansprüche auf Holländisch-Neuguinea erhoben.

Indien hat seine neue republikanische Verfassung angenommen, zum ersten Präsidenten Dr. Rajendra Prasad gewählt und geht nun seine politischen Wege selbstständig, wobei es sich zwar stark an die von den Westmächten eingeschlagene Route hält, aber gelegentlich auch seine Sympathien für die Bestrebungen der asiatischen Völker und der Kolonialgebiete deutlich zu erkennen gibt.

Rechnet man endlich noch hinzu, daß im Mittleren Osten der junge Staat Israel und Jordanien gemeinsam einen Beschuß der UNO über die Internationalisierung Jerusalems übergangen und das umstrittene Gebiet unter sich aufgeteilt haben; daß die UNO der früheren

italienischen Kolonie Lybien 1952 und Somalia land spätestens nach zehn Jahren die Unabhängigkeit zu gewähren beschloß; daß endlich auch in Französisch-Nordafrika die Stimmen, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit verlangen, immer häufiger zu vernehmen sind — dann ist damit wenigstens zum Teil das umrisse, was einleitend als mögliche dritte Mächtegruppe unter dem Stichwort „Asien“ bezeichnet worden ist. Ein Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung geht durch diese Teile der Welt, der sich wohl eher verstärken als abschwächen wird; und daß er bereits politisches Gewicht besitzt, geht daraus hervor, daß bei entsprechenden Abstimmungen in der UNO die einst allein maßgebenden sogenannten Kolonialmächte schon mehr als einmal in Minderheit versetzt worden sind. Das wurde nicht zuletzt deshalb möglich, weil sowohl die Russen als auch die Amerikaner, die beide keine Kolonialinteressen im herkömmlichen Sinne zu vertreten haben, bei solchen Abstimmungen auf der Seite der bisher bevorzugten Völker standen. Noch ist „Asien“ freilich keine einheitlich organisierte Macht, aber was heute nicht ist, kann vielleicht morgen einmal werden.

*

Zum Schluß noch einiges aus der eidgenössischen Chronik. Bei der zunehmenden internationalen Spannung hat sich die Schweiz ihrer Tradition gemäß außenpolitisch möglichst zurückgehalten. Mit Genugtuung darf man immerhin feststellen, daß die von Bundesrat Petitpierre präsidierte Diplomatische Rotkreuz-Konferenz in Genf, an der 56 Länder beteiligt waren, im August mit der Annahme von vier Konventionen abgeschlossen werden

konnte, die eine Verbesserung des Loses der Marine- und der Landtruppen, der Kriegsgefangenen und der Zivilpersonen betreffen; im Dezember wurden diese vier Abkommen von den beteiligten Staaten, zu denen auch die Sowjetunion gehört, unterzeichnet. Sodann ist hier zu verzeichnen, daß der Bundesrat im Juni beschlossen hat, Bundesrat Enrico Cefio, den bisherigen Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements, als



Ein Helioppter landet auf dem Dach eines Warenhauses in Zürich.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Gesandten für Italien nach Rom zu entsenden. Bereits im Dezember ist als diplomatischer Vertreter auch ein Gesandter bei der alliierten Hochkommission in Westdeutschland akkreditiert worden. Ferner hat der Bundesrat die Vereinigten Staaten von Indonesien und im Januar die Volksrepublik China offiziell anerkannt; andererseits hat Irland erstmals einen Gesandten für die Schweiz ernannt. Mit verschiedenen Staaten wurden wieder Wirtschaftsabkommen abgeschlossen; auch hat sich der Bundesrat bei französisch-italienischen Verhandlungen über Pläne für einen Mont-Blanc-Durchstich vertreten lassen. Endlich sei erwähnt, daß ein Vergleichsverfahren im Konflikt mit Rumänien zunächst zwar scheiterte, daß die Differenzen dann aber teilweise stillschweigend beigelegt werden konnten, wobei der verurteilte Rumäne Vitianu aus der Haft entlassen und ausgewiesen wurde.

Auf innenpolitischem Gebiet sind zunächst drei eidgenössische Volksabstimmungen zu nennen: am 11. September wurde die von Bundesrat und Parlament abgelehnte Initiative „Rückkehr zur direkten Demokratie“, die eine Befristung der Dringlichkeitsbeschlüsse forderte, mit 280 000 Ja gegen 272 000 Nein und 12½ gegen 9½ Standesstimmen angenommen. Am 10. Dezember billigte das Volk mit 545 800 gegen 441 700 Stimmen das neue Beamtenbesoldungsgesetz. Am 4. Juni endlich wurde der sogenannte Eingangsvorschlag zur Bundesfinanzreform mit 485 400 Nein gegen 266 800 Ja und 16 gegen 6 Standesstimmen verworfen. Damit bleibt dieses heikle und seit Jahren immer wieder diskutierte Thema weiter auf der politischen Tafelndenliste und ein Sorgenkind für unsern Finanzminister Bundesrat Nobs, der übrigens, was für alle Teile erfreulicher war, Ende Juli als Bundespräsident Hochzeit gehalten hat, ein Ereignis, das zwar nur privat in kleinem Kreise gefeiert worden ist, aber in der Geschichte unseres Bundesstaates einzig dastehen dürfte und deshalb hier ebenfalls verzeichnet sei.

Die wachsende internationale Spannung blieb nicht ohne Rückwirkungen auch auf die Schweiz. Wiederholt hat der Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartements in öffentlichen Reden die Notwendigkeit unterstrichen, unsere Landesver-

theidigung durch vermehrte Anstrengungen auszubauen, um sie nach Möglichkeit auf der Höhe der Zeit zu halten. Und während einerseits ein Erbe der Kriegszeit, die Preiskontrolle, aufgehoben werden konnte, sah sich der Bundesrat andererseits veranlaßt, Mitte Juni erneut einen Aufruf zur privaten Vorratshaltung zu erlassen, um auch die Landesversorgung angesichts einer ungewissen Zukunft möglichst zu sichern.

Ein betrübliches Kapitel bildeten die verschiedenen Betrugsaffären und Prozesse, die sich in diesem Berichtsjahr in beunruhigendem Maße gehäuft haben. Sind das noch Eidgenossen, fragte sich mancher, wenn er in den Zeitungen las, wie mehr als ein Dutzend Weinhandelsfirmen in Zusammenhang mit der Weizweinaktion ihren inländischen Beständen fremde Weine beimischten, um dadurch viele Hunderttausende guter Bundesfranken, die als Hilfe für die Weinbauern gedacht waren, unrechtmäßig in den eigenen Sac stecken zu können; wenn er den Verhandlungsberichten über den Affidavitprozeß vor Bundesstrafgericht entnahm, daß bekannte Walliser Bankherren wissenschaftlich falsche Bestätigungen, sogenannte Affidavits, über die Herkunft von Werttiteln unterschrieben hatten, nur um dadurch zu großen Gewinnen zu kommen; wenn man vernahm, daß Bauunternehmer während der Aktivdienstzeit bei Festungsbauten im Gantrischgebiet völlig ungeeignetes Material verwendet und doch die vollen Preise verrechnet hatten; wenn sich im Landesverratsprozeß Steiner herausstellte, daß ein einfacher Beamter unter den Augen seiner Vorgesetzten jahrelang geheime Telegramme für einen geringen Judaslohn an fremde Mächte weitergeben konnte. Dazu kamen verschiedene andere Skandale, bei denen finanziertige Leute auf raffinierte Schwindler hereinfielen, bloß weil sie glaubten, auf mühelose Weise noch mehr Geld „verdienen“ zu können. Dazu kam auch der Genfer GefängnisSkandal, wo sich Gefängniswärter bestechen ließen und den Häftlingen zu nächtlichen Brassereien und Gelagen in ihren Zellen verhalfen.

Doch brechen wir hier ab. Die Welt sieht auch ohne diese schweizerischen Schattenwinkel unfreundlich genug aus. Wenn aber einige gelegentlich behaupten, daß eben der Unverständ und die

Querköpfigkeit der andern an der bösen Weltlage schuld seien und daß wir alles besser machen würden, so ist dem gegenüber der Chronist der Meinung, daß wir zuerst vor der eigenen Tür wischen müssen und hier vorläufig genug zu tun haben.

Zoll. „Haben Sie etwas zu verzollen?“ — Die Dame, die eben aus Paris zurückkommt: „Nein, gar nichts.“ — „Dann darf ich wohl annehmen, daß der Pelzschwanz, der unter Ihrem Mantel hervorschaut, an Ihnen direkt angewachsen ist.“

Die Teilhaberschaft

Gustav Mahler hatte in verstaubten Noten geframt, geblättert, plötzlich pfiff er zart durch die Zähne, setzte sich und komponierte.

Nämlich den Schluß zu Carl Maria v. Webers „Die drei Pintos“, welche bislang nur als Fragment über die Tasten liefen.

Über ein kleines wurde diese Gemeinschaftsarbeit dann aufgeführt, in Leipzig. Der König Albert hatte sich persönlich bemüht. Und am Schluß der Aufführung zog er den lebenden Teilhaber näher: „Sagen Sie mal, Meister, welche Partien waren denn gewebt und welche gemahlt?“



In der Nacht vom 2. auf den 3. Juli 1950 brach im Bucherhaus der Heilstätte Nüchtern ein Brand aus, der das große Bauernhaus vernichtete.

Photo W. Rydegger